

Postfische



Zeitung

15 Pfennig

Oberlinde

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vorsehung stellt wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang (sechsmal Morgen- und Abendblatt vereinigt). Sonntags mit der illustrierten Beilage "Zeitung", Sonntags Beilagen: "Musikblatt", "Recht und Leben" und "Wissenschaft, Technik und Wirtschaft" — "Für Reise und Wanderung" — "Literarische Umschau".

Wöchentlich 1—4 Mark, monatlich 4,80 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 30 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verwalter: Ullstein (in. A. u. H. Handeltel). Carl Misch, Berlin. Druck: Ullstein-Maschke, vorm. Kurtz-Gesellschaft, wenn Porto belt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 3600—3603, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 2606—2608. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 4563.

Demission des Kabinetts Grabki

Nachrichtendienst der "Postfischen Zeitung"

am Montag, 13. November

Ministerpräsident und Finanzminister Grabki hat seine Demission überreicht. Das übrige Kabinett hat daraufhin gleichfalls die Demission begehrt. Grabki wird, entgegen der gewöhnlichen Gepflogenheit, die Gehaltsliste nicht bis zur Ernennung eines Nachfolgers festsetzen, sondern hat den Innenminister Rathenau um die Vertretung in der Ministerpräsidenten- und dem Finanzminister Altmann um die vertretungsweise Leitung des Finanzministeriums ersucht.

Grabki begründet seinen Rücktritt mit der Beschließung seiner Senatsorgane in Geim und mit der oppositionellen Haltung fast der Hälfte der parlamentarischen Parteien. Daneben wolle auf seinen Entschluß ein Konflikt mit dem Präsidenten der Bank von Polen ein. Um unmittelbare Lösungs des Sturzes Grabkis ist der ernannte Aussenminister Graf Bismarck, der Dollarfrage ist heute sprunghaft weiter in die Höhe gegangen und hat im Parlament 6,88, im freien Verkehr 7 erzielt. Die Bank von Polen hat sich gegen den Willen Grabkis entschlossen, um die Erfüllung des von Rathenau eingeleiteten Planes, die trotz der weiteren Kurssteigerung auf 108 festgehalten wurde, heute wenigstens auf 60,0 zu senken. Dies und die abstoßende Haltung der Bank von Polen gegen Grabkis Anträge, eine umfangreiche Stützungsaktion für den Platz einzuleiten, führte zum unwillkürlichen Konflikt zwischen Finanzminister und Ministerpräsident. Um übrigen kam noch hinzu, daß der Geim das erste der Grabkis'schen Senatsorgane hat verändert hatte, und daß die weiteren Senatsorgane in der Kommission verminderte Kritik fast aller Parteien erfuhr.

Die Entwidlung der politischen Lage machte es im Augenblick noch nicht absehbar. Der vor populär am meisten beliebte parlamentarische Regime eines starken Mannes am meisten zu zeigen aber mit Ausnahme des Reichsanwalts Grabki gibt es kaum einen Kandidaten, der unbedingt als Mann mit sterner Faust gilt — und gegen die Kabinettsabstimmung durch den Kriegsminister gerade in der Locarno-Periode und in der Periode anstrengter Außenbeziehungen haben doch viele einflussreiche Politiker heute Bedenken. Bemerkenswert sind die Bemühungen des Aussenministers Wittos, eine Grundvorlage für eine parlamentarische Mehrheit der mittleren und links-Parteien zu schaffen. Ihr Erfolg läßt sich aber noch nicht voraussagen. Die im heutigen Geim erhandelten parlamentarischen Anträge auf sofortige oder baldige Auflösung des Geim wurden mit großer Mehrheit abgelehnt.

Haftbefehl gegen Frau

Nachrichtendienst der "Postfischen Zeitung"

am Montag, 13. November

Wie wir erjahren, haben die maßgebenden höchsten Justizbehörden beschlossen, den Reichsanwalt Grabki, der Ende August 1924 aus dem Justizhaus entlassen wurde, wieder zu verhaften und ins Justizhaus einzuliefern. Frau wurde durch einen allgemeinen Amnestie-Erlass am den 1. April 1923 begnadigt worden. Auf Grund einer Eingabe wurden ihm durch Befehl der höchsten Regierung die noch zu verbüßenden sieben Monate erlassen, und er wurde unter gewissen Verpflichtungen hinsichtlich der von ihm geplanten Veröffentlichungen bereits Ende August 1924 entlassen. Nachdem bei der schließlichen höchsten Justizbehörden der Meinung, daß Frau auch die Veröffentlichung seiner Veröffentlichungen und die Schließung seines Briefes bei dem von ihm eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllt habe, so daß er noch eine rechtliche Justizstrafe von sieben Monaten absitzen solle.

Wenn wollen wir glauben, daß diese Meldung hinsichtlich der Grundlage entwerfen. Wennschon Vertiefung ist es unfaßbar, es solle ein Mann, der über 17 Jahre Kerkerstrafe ertragen, und nun Freiheitsluft geniesst hat, wieder in die Zelle gesperrt werden, ohne daß er neue Schuld auf sich lädt. Frau hat, wie er selbst in seinem Buche schreibt, einen Streiks unterschrieben und sich auf die Dauer von sechs Jahren verpflichtet, weder eine gewisse Zeitung, die in einem Prozesse eine Rolle gespielt hat, anzugehen, noch einen Prozeß und seine Frau zum Gegenstand journalistischer Veröffentlichung zu machen. Ausdrücklich wurde ihm versichert, man

weder diese Verpflichtungen nicht streng auslegen. Die beiden Bücher, die Dr. Frau geschrieben hat, sind der Öffentlichkeit bekannt. Selbst bei strengerer Beurteilung würde es unmöglich sein zu behaupten, die Darstellung sei sensationell. Auch die betreffende Zeitung, gegen die Frau sich der Angriffe enthalten sollte, ist, wenn wir richtig vermuten, keineswegs zum Gegenstand eines Angriffs gemacht worden. Diese Maßnahme der höchsten Justizbehörde wäre, selbst wenn sie in diesem Streiks einen Teil von Verbindlichkeit finden sollte, jedenfalls alles andere als ung. Frau Bücher sind, wie immer man die Einzelheiten beurteilen mag, für

die Kriminalwissenschaft hoch bedeutsam. Goll wieslich ein Mann, wie er nach 17 Jahren Justizhaus noch Spornkraft genug besaß, solche Bücher zu schreiben, dafür mit sieben Monaten Justizhaus bestrafen werden?

Das höchste Justizministerium erklärt, es sei Frau freigegeben, als ursprünglich vorgesehen, entlassen worden auf Grund eines von ihm ermittelten Strafrahmens auf 3000 Mark. Dieser Strafrahmens ist nicht wegen des Verhaltens Frau aufgehoben worden.

Hindenburg für Locarno

Die Rede in Darmstadt

Der polnische Botschafter in Berlin, der Reichspräsident in den fribessischen Ländern abstarbte, bildete die Voraussetzung für den heftigsten Hauptteil, der in Hindenburg in einer genau formulierten Erklärung für den Locarno-Bertrag eintrat.

Das Städtchen aus Hester im Staatspräsidenten ist, der dem Reichstag als sozialdemokratischer Abgeordneter angehört. In seiner Begrüßung beim Empfang im Alten Palais in Darmstadt gab Herr Hindenburg die Rede, die auf dem besetzten Gebiet ruht. Er erklärte:

„Unser Land leidet unter der Befehung durch die Mittelmächte. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung trägt die Befehung. Die wirtschaftliche und steuerliche Leistungsfähigkeit im besetzten Gebiet ist weit über den allgemeinen Mäßigung hinaus zurückgegangen. Unser herrlicher Baum hat deshalb dahin, dieser Bevölkerung jedoch als mögliche Erleichterungen der furchtbaren Lasten zu bringen. Die Verhandlungen in der Richtung der Veröffentlichung in Locarno haben die Hoffnungen der Befehungsträger im besetzten Gebiet in dieser Richtung ganz besonders erweckt. Diese sowohl als auch die Regierung sind der Meinung, daß sich dieselben alsbald bereit ansowie, daß wir deutlich Befehungen wahrzunehmen imstande sind, zumal gerade Hessen am längsten, 15 Jahre lang, die Befehung zu tragen hat. Die unerträgliche deutsche Stellung unserer Weinhessen hat schon in den verflochtenen Jahren trotz aller Not und Ansehens den Weinsäure beibringt, daß nichts, aber auch nichts gar nichts imstande ist, ihre Träne zu trocknen. Hoff und zur Befehung in Republik wandeln zu machen. Sie werden auch in Zukunft in dieser Richtung unumwandelbar feststehen. Die deutsche Regierung wird, was in ihren Kräften liegt, tun, um diesen Schritt zu fördern und zu fördern, wie sie es schon bisher als ihre vornehmste Aufgabe angesehen hat, im Gemeinwohl mit dem Wille des Volkes die Verfassung von Weimar zu hegen und zu pflegen und die Einheit des deutschen Volkes als Grundlage für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes zu sichern. Möge der Heiligtümer Euerer Stellung dazu beitragen, die Hoffnungen der Weinhessen zu befriedigen.“

In gleichem Sinne sprach auch Reichspräsident Hindenburg, der u. a. ferner an der Verjährung des Deutschen Reiches verlorben habe mit großem Interesse und mit großer Befriedigung alle Angelegenheiten, die darauf hinweisen, daß eine Entspannung der gegenpolitischen Atmosphäre sich andeutet.“

Der Begrüßungswort des Oberbürgermeisters Göttingen, der jüngst zum Austritt aus der Deutschen Volkspartei genötigt wurde, weil er einer Reichsbahnverletzung beizohnte, ergriß der Reichspräsident das Wort:

„Es ist mir, so fühlte Hindenburg, ein Bedürfnis gewesen, auf meiner Reise nach Süddeutschland auch Hessen und seine Hauptstadt zu besuchen, um über die Verhältnisse mit den fribessischen Verhältnissen des Landes anzufragen, mit ihrer Sprache zu sprechen und die Sorgen und Nöte kennenzulernen, die auf ihrer Heimat lasten. Ich weiß, daß diese Ihre Sorgen schwer und ernst sind. Ich doch Hessen das Land, das von allen deutschen Ländern verhältnismäßig am stärksten von der am aufsteigenden Befehung betroffen ist und in besonders schwerer Maße die Last fremder Truppenbefehung und -einquartierung trägt. Tausende von Wohnungen, viele Tausende von Einzelzimmern, zahlreiche öffentliche Gebäude und Schulen sind für Befehungswesen beschlagnahmt, und groß sind die Entbehrungen und Befehungen, die aus solchem Zustand der Bürgergeist in Stadt

und Land entstehen müssen. Das Reich hat dieser Notlage stets volles Verständnis entgegengebracht und sich nach Kräften bemüht, ihrem Abende, insbesondere Weinhessen, sein Bestes zu tun zu erleichtern. Es hat Weinhessen für die Befehung wie für die Bevölkerung erachtet, in Mainz eine neue Schule erbaut und überall geholfen, wo Hilfe am dringlichsten war, und wird es auch künftig an hilfsbereiter Mitarbeit nicht fehlen lassen.

Wir wollen hoffen, daß die schicksalreichen Zeiten unserer Überlebenden sind, und daß die in Locarno angebotenen Verhandlungen u. a. dazu führen mögen, dem besetzten Gebiet und in ihm auch Hessen Befriedigung von den schicksalreichen Taten zu verschaffen und die zum Leben notwendige Bewegungsfähigkeit wiederzugeben.“

Mit aufrichtigem Dank und hoher Anerkennung spreche auch ich über uns, daß die Seiten in der Zeit harter Befehung und großer Not immer ihr Deutlichkeit als höchstes Gut erkannt und bemerkt haben, daß sie die in die höchsten Sagen der Nationen und Völkergeschichte sowie während der letzten des separatistischen Epochen stets als treue Deutsche bewährten und lieber Verbannung und Gefangenhaft auf sich nahmen, als ihre Pflicht gegen Vaterland und Heimat unter zu werden. Als ich brauche nur der großen Bauernbewegung des Jahres 1923 zu gedenken, um daran zu erinnern, daß die gefürchte Vertreibung in all ihren Schindeln und Schindeln ständig in der Betrachtung ihrer Rechte als Weinhessen und Deutsche zusammenhalten. Gern nehme ich von Ihnen, Herr Staatspräsident, die Befriedigung entgegen, daß die Weinhessen auch in Zukunft unumwandelbar fest in ihrer Treue zum Vaterland befestigt werden. Ich wünsche und hoffe, daß der Geist selbstloser Vaterlandsliebe und brüderlichen Zusammenhaltens, der damals in der Zeit der höchsten Not geherrschte, uns jetzt und in der Zukunft beistehen und Wegweiser sein wird. Dann wird auch diesem Lande und uns allen ein neues Recht und Glück und unserm Vaterlande eine lichtere Zukunft beschieden sein!“

Es ist bedauerlich das Eintreten Hindenburgs für den Vertrag von Locarno eine Ueberraschung. In der Zeit der Vertiefung ist die Haltung Hindenburgs abgelesen worden, in der einmütig das Wort von Locarno gestimmt wurde. Das Verhalten der Deutschnationalen, die aus reiner Parteidogmatik die höchsten Unterbinden desauerentierten und ihre Vertreter im Reichstag zum Hindertum ansetzten, ist im Reichspräsidenten als ein Gehörg gegen seine eigene Berlin empfunden worden. Ein deutschnationaler Blatt hat letzterzeit vertrat, daß Hindenburg sich sogar mit Hindertungsbedenken getragen habe. Sein starkes Pflichtgefühl hat ihn veranlaßt, auf seinen Worten anzuhalten. Wenn wie Hindenburg dann es auch die Bestätigung hinzunehmen, daß die Konvention am Sonnabend nach Baden der Grafen Bismarck und Gendling und des Reichspräsidenten u. Oldenburg-Auswärtigen eine Entschließung gefaßt haben, in der sie sich den Satz leiten:

„Die Wählung des Vertrags von Locarno ist aus Gründen der Verantwortung und der Ehre für jeden Nationalgefehlten selbstverständlich.“

Hindenburg, der für die Annahme des Locarno-Vertrages eintritt, gebietet auch zu der ausserordentlichen Zahl von Parteien, denen gewisse Nationalpolitiker des Reichstages die Ehre und die nationale Stellung abspitzen. Wenn diese Kreise geglaubt haben, Hindenburg durch beratige Mittel einzuwickeln, so haben sie offenbar seinen tiefen Sinn unterschätzt. Nachdem Reichspräsident jetzt in einem überlegten Worten öffentlich gesagt hat, was er in Stuttgart spontan geäußert hat, wird man ja wohl nicht länger vor der deutschnationalen Gefährdung warnen können, daß die deutschnationalen Politik nicht nur von den Streifen der Reichsregierung ohne Unterscheid der Partei und nicht nur von